

FPÖ fordert U-Ausschuss: Verschwörungstheorien oder echte Aufklärung?

FPÖ fordert U-Ausschuss zu Pilnacek und
Coronamaßnahmen. Politische Reaktionen und
Herausforderungen im Nationalrat.



Österreich - Am 29. Mai 2025 hat die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) offiziell ihr Verlangen nach einem Untersuchungsausschuss bekannt gegeben, dessen zentrale Themen die Ermittlungen zum Tod von Christian Pilnacek, dem ehemaligen Justiz-Sektionschef, sowie die Coronamaßnahmen der Regierung sind. Dieser Schritt wurde in einer Sondersitzung des Nationalrats eingereicht, um vor allem die von der FPÖ geäußerten Vorwürfe einer Einschüchterung von Regierungskritikern durch die Kanzlerpartei näher zu beleuchten. Laut der **Kleine Zeitung** wurde auch ein definitives Ziel der FPÖ genannt: die Zusammenfassung der Themen

Pilnacek und die aktuellen CoV-Maßnahmen.

Andreas Hanger von der ÖVP sowie Jan Krainer von der SPÖ haben angekündigt, das Verlangen der FPÖ rechtlich zu prüfen. Bei dieser Prüfung wird der Geschäftsordnungsausschuss mit einfacher Mehrheit über die Zulassung der Untersuchung entscheiden. Trotz der politischen Spannungen ist die FPÖ in der Lage, den U-Ausschuss im Alleingang zu verlangen, was ihr aufgrund des Minderheitsrechts zusteht. Dies verdeutlicht die besondere Rolle von Untersuchungsausschüssen, die laut der **Bundeszentrale für politische Bildung** vor allem von der Opposition als Mittel zur Kontrolle der Regierung genutzt werden.

Politische Reaktionen und Spannungen

Die Thematisierung von Pilnacek sowie die Vorwürfe der FPÖ wurden von anderen Parteien im Nationalrat stark kritisiert. Es wurde angemerkt, dass die Themenvielfalt des Ausschusses zu Verwirrungen führen könnte, insbesondere in Bezug auf die angeblichen Verschwörungsthesen, die beim Corona-Kapitel aufgestellt wurden. Während die Grünen ihre Aufmerksamkeit auf die Ursache des Todes von Pilnacek lenkten, sahen andere Fraktionen kaum inhaltliche Allianzen, was die politische Stimmung weiter anheizt.

Der geplante Untersuchungszeitraum umfasst den Zeitraum vom 7. Januar 2020 bis zum 20. Mai 2023. Das Ausschussverfahren wird als wichtiges Instrument betrachtet, um die politische Verantwortung zu klären und Missstände öffentlich aufzuarbeiten. Wie die **Bundeszentrale für politische Bildung** erklärt, haben Ausschüsse nicht nur die Befugnis zur Beweiserhebung, sondern können auch Zeugen und Sachverständige einladen, um die Sachlage eingehend zu untersuchen.

Perspektiven des Ausschusses

Zusätzlich plant die FPÖ, eine parlamentarische Initiative zur Liveübertragung von Befragungen in den Untersuchungsausschüssen voranzutreiben. Dies könnte die Transparenz steigern und das öffentliche Interesse an den Verhandlungen erhöhen, was für den Erfolg des Ausschusses von zentraler Bedeutung ist. Die Herausforderungen und politischen Spannungen, die mit dem Untersuchungsausschuss verbunden sind, könnten jedoch auch die Effektivität der Aufklärungsarbeit gefährden.

Zusammenfassend steht die Einsetzung des Untersuchungsausschusses am Anfang eines komplexen politischen Prozesses, in dem die Parteien ihre Positionen stärken oder abschwächen könnten. Während die FPÖ auf Aufklärung pocht, sehen andere Parteien die Gefahr von politischer Instrumentalisierung.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Österreich
Quellen	• www.kleinezeitung.at • orf.at • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at